

## **Siebte Verordnung zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**

**Vom**

### **Artikel 1**

Die Landeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Februar 1998 (GVBl. I S. 101, 167), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Oktober 2019 (GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. § 23 wird wie folgt geändert:
  - a) Abs. 2 wird aufgehoben.
  - b) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2.
2. § 59 wird wie folgt gefasst:

#### **„§ 59**

#### **Zählung der Wähler**

(1) Vor dem Öffnen der Wahlurne werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Wahlstisch entfernt. Zunächst werden die Zahl der Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis und die Zahl der eingenommenen Wahlscheine festgestellt. Sodann werden die Stimmzettel der Wahlurne entnommen, entfaltet und gezählt. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Wahl Niederschrift zu vermerken und, soweit möglich, zu erläutern.

(2) Ergibt die Feststellung nach Abs. 1 Satz 2, dass weniger als 50 Wähler ihre Stimmzettel abgegeben haben, ordnet der Kreiswahlleiter an, dass der Wahlvorstand dieses Wahlbezirks (abgebender Wahlvorstand) die verschlossene Wahlurne, das Wählerverzeichnis, die Abschlussbeurkundung und die eingenommenen Wahlscheine dem Wahlvorstand eines anderen Wahlbezirks des Wahlkreises (aufnehmender Wahlvorstand) zur gemeinsamen Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses unverzüglich zu übergeben hat. Am Wahlraum des abgebenden Wahlvorstands ist ein Hinweis anzubringen, wo die gemeinsame Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt. Der Transport der nach Satz 1 zu übergebenden Gegenstände erfolgt in Anwesenheit des Wahlvorstehers und des Schriftführers, eines weiteren Mitglieds des Wahlvorstands und soweit möglich weiterer gemäß § 47 anwesender Personen. Der aufnehmende Wahlvorstand verfährt entsprechend § 54 Abs. 5 Satz 7 und 8. In den Wahl Niederschriften des abgebenden und des aufnehmenden Wahlvorstands ist zusätzlich die Übergabe der Wahlurne und der Wahlunterlagen zu vermerken.“

3. § 65 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 6 Satz 3 und 4 wird die Angabe „§ 23 Satz 3“ jeweils durch „§ 23 Abs. 1 Satz 2“ ersetzt.
- b) Abs. 8 wird aufgehoben.

## **Artikel 2**

### **Änderung der Kommunalwahlordnung**

Die Kommunalwahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. März 2000 (GVBl. I S. 198, 233), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Oktober 2019 (GVBl. S. 310), wird wie folgt geändert:

1. Die Übersicht wird wie folgt geändert:

- a) Die Angaben zum Achten Abschnitt werden aufgehoben.
- b) Die Angabe zu § 86a wird wie folgt gefasst:  
„§ 86a Absage der Ortsbeirats- oder Ausländerbeiratswahl, Entfallen des Orts- oder Ausländerbeirats“
- c) Nach der Angabe zu § 88 wird folgende Angabe eingefügt:  
„88a Inhalt und Form der Wahlvorschläge bei der Ausländerbeiratswahl“

2. § 4 Abs. 11 wird wie folgt geändert:

- a) Nr. 2 wird aufgehoben.
- b) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 2.

3. § 23 wird wie folgt gefasst:

- a) Abs. 2 wird aufgehoben.
- b) Die bisherigen Abs. 3 bis 6 werden Abs. 2 bis 5.
- c) In dem neuen Abs. 3 Nr. 4 wird die Angabe „Abs. 3“ durch „Abs. 2“ ersetzt.
- d) In dem neuen Abs. 4 wird die Angabe „(Abs. 3 Nr. 3)“ durch „(Abs. 2 Nr. 3)“ und die Angabe „(Abs. 4 Nr. 2)“ durch „(Abs. 3 Nr. 2)“ ersetzt.

4. Dem § 25 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:

„Geben die Namen mehrerer Parteien oder Wählergruppen oder deren Kurzbezeichnungen zu Verwechslungen Anlass, so fügt der Gemeindewahlausschuss einem der Wahlvorschläge eine Unterscheidungsbezeichnung bei; trifft der Kreiswahlausschuss für die Kreiswahl eine Unterscheidungsbezeichnung, gilt diese auch für die Gemeinde- und Ortsbeiratswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden.“

5. § 47 wird wie folgt gefasst:

**„§ 47**

**Zählung der Wähler**

(1) Vor dem Öffnen der Wahlurne werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Wahl-  
tisch entfernt. Zunächst werden die Zahl der Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis  
und die Zahl der eingenommenen Wahlscheine festgestellt. Sodann werden die Stimmzettel  
der Wahlurne entnommen, entfaltet und gezählt. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter  
Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Wahlniederschrift zu vermerken und, so-  
weit möglich, zu erläutern.

(2) Ergibt die Feststellung nach Abs. 1 Satz 2, dass weniger als 50 Wähler ihre Stimm-  
zettel abgegeben haben, ordnet der Wahlleiter an, dass der Wahlvorstand dieses Wahlbe-  
zirks (abgebender Wahlvorstand) die verschlossene Wahlurne mit den Stimmzetteln, das  
Wählerverzeichnis, die Abschlussbeurkundung und die eingenommenen Wahlscheine dem  
Wahlvorstand eines anderen Wahlbezirks des Wahlkreises (aufnehmender Wahlvorstand)  
zur gemeinsamen Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses unverzüglich zu über-  
geben hat. Die Anordnung zur gemeinsamen Ermittlung und Feststellung des Wahlergeb-  
nisses nach Satz 1 kann auch für mehrere Wahlbezirke getroffen werden; § 4 Abs. 11 Nr. 1  
Satz 2 gilt entsprechend. Am Wahlraum eines abgebenden Wahlvorstands ist ein Hinweis  
anzubringen, wo die gemeinsame Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt.  
Der Transport der nach Satz 1 zu übergebenden Gegenstände erfolgt in Anwesenheit des  
Wahlvorstehers und des Schriftführers, eines weiteren Mitglieds des Wahlvorstands und  
soweit möglich weiterer gemäß § 37 anwesender Personen. Der aufnehmende Wahlvor-  
stand verfährt entsprechend § 44 Abs. 5 Satz 7 und 8. In den Wahlniederschriften des ab-  
gebenden und des aufnehmenden Wahlvorstands ist zusätzlich die Übergabe der Wahlurne  
und der Wahlunterlagen zu vermerken.“

6. § 53 Abs. 9 wird aufgehoben.
7. Der Achte Abschnitt wird aufgehoben.
8. In § 85 Satz 1 werden die Wörter „Gemeinde-, Ortsbeirats- und Kreiswahlen“ durch „Ge-  
meinde- und Kreiswahlen sowie Orts- und Ausländerbeiratswahlen“ ersetzt.
9. In § 86 Abs. 1 werden der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und die Angabe „für die Aus-  
länderbeiratswahl gilt § 5 Abs. 2 Satz 2 nicht.“ angefügt.
10. § 86a wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift wird das Wort „Ortsbeiratswahl“ durch die Wörter „Orts- oder Auslän-  
derbeiratswahl“ und das Wort „Ortsbeirats“ durch die Wörter „Orts- oder Ausländerbei-  
rats“ ersetzt.
  - b) In Satz 1 wird nach der Angabe „Satz 5“ die Angabe „oder des § 86 Abs. 1 Satz 3“ einge-  
fügt.
  - c) In Satz 2 wird nach der Angabe „Satz 6“ die Angabe „oder des 86 Abs. 1 Satz 4“ einge-  
fügt.

11. Nach § 88 wird als neuer § 88a eingefügt:

**„88a**

**Inhalt und Form der Wahlvorschläge bei der Ausländerbeiratswahl**

Für Bewerber nach § 86 Abs. 4 Nr. 1 der Hessischen Gemeindeordnung ist dem Wahlvorschlag eine beglaubigte Kopie der Einbürgerungsurkunde beizufügen. Bewerber nach § 86 Abs. 4 Nr. 2 der Hessischen Gemeindeordnung haben in geeigneter Weise den Besitz einer ausländischen Staatsangehörigkeit glaubhaft zu machen.“

12. In § 89 Abs. 2 Satz 3 wird das Wort „Ortsbeiratswahl“ durch die Wörter „Orts- und Ausländerbeiratswahl“ ersetzt.

13. § 91 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird nach der Angabe „§ 47“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „und Abstimmung“ durch „, Abstimmung und Ausländerbeiratswahl“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

c) Nach Abs. 2 wird als neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) Mit der Zählung von Stimmen nach § 48a darf erst begonnen werden, wenn sämtliche Zählungen nach §§ 48, 70 und 78 beendet sind. Für die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses der Ausländerbeiratswahl gelten die §§ 48 bis 49 mit folgenden Maßgaben entsprechend:

1. Nach der Zählung der Wähler nach § 47 verpackt der Wahlvorstand die Stimmzettel und die eingenommenen Wahlscheine, versiegelt die einzelnen Pakete, versieht sie mit einer Inhaltsangabe und übergibt sie dem Gemeindevorstand. Eine Zählung der Stimmzettel nach § 48 Abs. 1 bis 5 erfolgt nicht.

2. Vor der Zählung der Stimmen nach § 48a Abs. 2 bis 9 ermittelt der Wahlvorstand die Zahl der Stimmzettel nach § 48 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4. Die Stimmzettel, auf denen die Gültigkeit der Stimmen Anlass zu Bedenken gibt, werden ausgesondert und nach § 48a Abs. 5 behandelt. Für die Sortierung und Zählung der Stimmzettel gilt § 48 Abs. 2, 4 und 5 entsprechend.

3. Eine Schnellmeldung nach § 49 Abs. 1 erfolgt nicht.“

d) Die bisherigen Abs. 3 bis 5 werden Abs. 4 bis 6 und in dem neuen Abs. 5 Satz 1 werden die Wörter „Gemeinde-, Kreis- und Ortsbeiratswahlen“ durch „allgemeinen Kommunalwahlen“ ersetzt.

14. § 108 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 2 wird aufgehoben.

b) Die bisherigen Nr. 3 bis 8 werden Nr. 2 bis 7.

15. § 109 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 2 wird aufgehoben.

b) Die bisherigen Nr. 3 bis 8 werden Nr. 2 bis 7.

### **Artikel 3** **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

#### **Begründung**

##### **A. Allgemeines**

Durch den Verordnungsentwurf sollen die durch den derzeit in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwurf zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften (Landtagsdrucksache 20/1644) notwendigen Änderungen in die Landes- und Kommunalwahlordnung einbezogen werden. Die Ausländerbeiratswahl soll zukünftig zusammen mit der Wahl der Gemeindevertretungen durchgeführt werden; zu diesem Zweck soll die Wahlzeit der bestehenden Ausländerbeiräte bis zum 31. März 2021 verlängert werden (vgl. Art. 1 Nr. 21 und 32 des o.g. Gesetzentwurfs, § 86 Abs. 1 Satz 1, § 149 Abs. 5 HGO neu). Der Verordnungsentwurf schlägt vor, die Ausländerbeiratswahl im Wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen wie die übrigen Kommunalwahlen durchzuführen; es sollen danach im Wesentlichen folgende Vorgaben gelten:

- Die Wahlbezirke sowie die Wahlräume für die Ausländerbeiratswahl müssen dieselben wie bei der Gemeindewahl sein, § 86 Abs. 1 KWO. Dies dient der Erleichterung der Stimmabgabe von Unionsbürgern, da diese sowohl für die Gemeinde- als auch für die Ausländerbeiratswahl wahlberechtigt sind (§ 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 86 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 HGO). Aufgrund der identischen Wahlbezirkseinteilung kann es unter Berücksichtigung der in der Vergangenheit sehr geringen Beteiligung an der Ausländerbeiratswahl dazu kommen, dass in einem allgemeinen Wahlbezirk so wenige Wähler sich an der Wahl beteiligen, dass bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses das Wahlgeheimnis gefährdet wäre. Der Vorgabe des § 5 Abs. 2 Satz 2 KWO kann daher bei der Wahlbezirkseinteilung für die Ausländerbeiratswahl unter Umständen nicht in jedem Fall entsprochen werden. Beteiligen sich weniger als 50 Wähler an einer Wahl in einem Wahlbezirk, soll daher zukünftig die Möglichkeit bestehen, die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses für mehrere Wahlbezirke zu verbinden (vgl. Art. 2 Nr. 5 des Entwurfs, § 47 Abs. 2 KWO neu).
- Die Aufgaben der Wahlorgane für die Ausländerbeiratswahl sollen von den Wahlorganen für die Gemeindewahl wahrgenommen werden (vgl. Art. 4 Nr. 10 des o.g. Gesetzentwurfs (§ 60 KWG neu)).
- Es soll für alle Kommunalwahlen ein verbundenes Wählerverzeichnis verwendet werden. Da mit Ausnahme der Unionsbürger die Wahlberechtigten für die Kreis-, Gemeinde- und Ortsbezirkswahl und die Ausländerbeiratswahl nicht identisch sind, muss die unterschiedliche Wahlberechtigung im Wählerverzeichnis kenntlich gemacht und erforderlichenfalls in der Bemerkungsspalte erläutert werden (§ 87 Abs. 1 Satz 1 KWO). Für die Stimmabgabe ist jeweils eine eigene Spalte zu verwenden (§ 87 Abs. 1 Satz 2 KWO) und die Beurkundung der Zahl der Wahlberechtigten muss getrennt erfolgen (§ 87 Abs. 2 Satz 1 KWO).
- Es wird für alle verbundenen Wahlen und Abstimmungen eine gemeinsame Wahlbekanntmachung verwendet, § 87 Abs. 3 KWO.
- Es wird für alle verbundenen Wahlen und Abstimmungen eine gemeinsame Wahlbenachrichtigung und ein gemeinsamer Wahlscheinantrag verwendet (§ 88 Abs. 1 Satz 1 KWO).
- Es werden für alle verbundenen Wahlen und Abstimmungen besondere Stimmzettel verwendet, die sich farblich unterscheiden müssen (§ 89 Abs. 2 Satz 1 KWO); die Stimmzettel-

farbe für die Ausländerbeiratswahl wird vom Gemeindevorstand festgelegt (vgl. Art. 2 Nr. 12 des Entwurfs, § 89 Abs. 2 Satz 3 KWO neu).

- Für die Briefwahl wird für alle verbundenen Wahlen und Abstimmungen ein gemeinsamer Wahlschein verwendet, auf dem die jeweilige Wahl- und Stimmberechtigung kenntlich zu machen ist (§ 88 Abs. 1 Satz 1 KWO). Es sind ein gemeinsamer Wahlbriefumschlag und jeweils einzelne Stimmzettelschläge zu verwenden, die farblich mit der Stimmzettelfarbe übereinstimmen müssen (§ 89 Abs. 4 KWO).
- Die Stimmzettel für alle verbundenen Wahlen oder Abstimmungen können in einer gemeinsamen Wahlurne gesammelt werden oder es kann auch für jede Wahl und Abstimmung eine eigene Wahlurne verwendet werden, § 90a Abs. 1 Satz 2 KWO.
- Die Ausländerbeiratswahl wird erst nach Auszählung aller anderen Kommunalwahlen ausgezählt (vgl. Art. 1 Nr. 13 Buchst. b Doppelbuchst. aa des Entwurfs, § 91 Abs. 2 Satz 1 KWO neu). Dem Wahlvorstand am Wahlabend obliegt für die Ausländerbeiratswahl nur die Feststellung der Zahl der Wähler nach § 47 KWO. Eine Zählung der Stimmzettel nach § 48 KWO und die darauf basierende Ermittlung eines Trendergebnisses nach § 49 Abs. 1 KWO erfolgt am Wahlabend angesichts des voraussichtlich geringen öffentlichen Interesses an einem derartigen Ergebnis nicht. Die für die Zählung der Stimmen erforderliche Sortierung der Stimmzettel soll durch den Wahlvorstand bzw. Auszählungswahlvorstand in den Tagen nach der Wahl erfolgen (vgl. Art. 1 Nr. 13 Buchst. c des Entwurfs, § 91 Abs. 3 neu KWO).

Darüber hinaus sollen auch Rechtsänderungen berücksichtigt werden, die sich aus den Erfahrungen der zurückliegenden Kommunalwahlen ergeben haben.

## **B. Zu den einzelnen Vorschriften**

### **Zu Art. 1 Nr. 1 (§ 23 LWO):**

Zum Schutz des Wahlgeheimnisses soll durch den neuen § 59 Abs. 2 LWO (vgl. Art. 1 Nr. 2 des Entwurfs) eine Zusammenlegung der Ergebnisermittlung von Wahlbezirken angeordnet werden können, wenn in einem Wahlbezirk weniger als 50 Stimmzettel abgegeben wurden. Die bisher vorgesehene Möglichkeit, zum Schutz des Wahlgeheimnisses einem oder mehreren Wahlvorständen nach § 23 Abs. 2 LWO zugleich die Aufgaben eines Briefwahlvorstandes zu übertragen, ist nicht mehr erforderlich und die Vorschrift kann aufgehoben werden.

### **Zu Art. 1 Nr. 2 (§ 59 LWO):**

Zum Schutz des Wahlgeheimnisses bei kleinen Wählerzahlen kann zukünftig durch den neuen § 59 Abs. 2 LWO eine Zusammenlegung von Wahlvorständen zur Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses angeordnet werden, wenn in einem Wahlbezirk weniger als 50 Stimmzettel abgegeben wurden. Die bisher in § 59 LWO vorgesehene Reihenfolge der Zählung der Wähler, nach der zunächst die Stimmzettel (§ 59 Satz 2 LWO) und erst danach die Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis und die eingenommenen Wahlscheine gezählt werden (§ 59 Satz 3 LWO), muss dafür umgedreht werden, da sonst schon bei der Zählung der Stimmzettel eine Gefahr für das Wahlgeheimnis bestehen könnte.

Durch den neuen § 59 Abs. 2 LWO kann zukünftig eine Zusammenlegung der Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse mehrerer Wahlbezirke angeordnet werden, wenn in einem Wahlbezirk weniger als 50 Stimmzettel abgegeben wurden. Der Kreiswahlleiter ordnet in diesem Fall die Übergabe der verschlossenen Wahlurne, des Wählerverzeichnisses, der Abschlussbeurkundung nach § 11 LWO und der eingenommenen Wahlscheine an einen von ihm bestimmten anderen Wahlvorstand desselben Wahlkreises zur gemeinsamen Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses an und teilt dies dem abgebenden und dem aufnehmenden Wahlvorstand rechtzeitig mit. Die Anordnung der gemeinsamen Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses beinhaltet die Anordnung, eine begonnene Ergebnisermittlung zu unterbrechen und gemeinsam fortzusetzen. Zeichnet sich bereits vor Schluss der Wahlhandlung ab,

dass es aufgrund einer geringen Wählerzahl zu einer gemeinsamen Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses kommen kann, hat der abgebende Wahlvorstand den Kreiswahlleiter rechtzeitig über diesen Umstand zu informieren, damit dieser in Abstimmung mit der Gemeindebehörde zeitnah eine Anordnung über eine gemeinsame Stimmermittlung vorbereiten kann und die betroffenen Wahlvorstände über die gemeinsame Ermittlung und Feststellung der Stimmen informiert werden können. Durch die Anwesenheit des Wahlvorstehers und des Schriftführers und eines weiteren Mitglieds des Wahlvorstands beim Transport wird das Schutzniveau der Wahlhandlung bei der Ergebnisermittlung aufrechterhalten. Zur Wahrung der Öffentlichkeit der Wahl während des Transports sind soweit möglich weitere zur Wahrnehmung des Rechts auf Wahlbeobachtung im Wahlraum anwesende Personen hinzuzuziehen. Um die Öffentlichkeit der Wahl während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses auch für den abgebenden Wahlbezirk sicherzustellen, ist am Wahlraum des abgebenden Wahlvorstandes ein Hinweis anzubringen, dass die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses gemeinsam mit und bei einem anderen Wahlvorstand erfolgt. Der aufnehmende Wahlvorstand und der Ort der gemeinsamen Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses sind dabei genau anzugeben. Der abgebende Wahlvorstand hat in der Wahlniederschrift zu vermerken, dass der Kreiswahlleiter die gemeinsame Ermittlung der Wahlergebnisse und die Übergabe der verschlossenen Wahlurne und der in § 59 Abs. 2 Satz 1 LWO genannten Wahlunterlagen an einen anderen Wahlvorstand angeordnet hat; der Wahlvorstand hat dabei den aufnehmenden Wahlvorstand zu vermerken. Mit der Vorschrift soll der § 59 LWO auch dem voraussichtlichen Bundeswahlrecht angepasst werden, da durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat derzeit auch eine Neufassung des § 68 BWO vorbereitet wird.

**Zu Art. 1 Nr. 3 (§ 65 LWO):**

Beseitigung eines redaktionellen Fehlers und redaktionelle Folgeänderung zu Art. 1 Nr. 1 des Entwurfs.

**Zu Art. 2 Nr. 1 (Übersicht):**

Redaktionelle Folgeänderungen der Übersicht zu Art. 2 Nr. 6, 10 und 11 des Entwurfs.

**Zu Art. 2 Nr. 2 (§ 4 Abs. 11 KWO):**

Da auch im Kommunalwahlrecht zum Schutz des Wahlgeheimnisses die Möglichkeit einer gemeinsamen Ermittlung und Feststellung von Wahlbezirksergebnissen bestehen soll, bedarf es der Übertragung der Aufgaben des Briefwahlvorstands auf einen oder mehrere Wahlvorstände nach § 4 Abs. 11 Nr. 2 KWO nicht mehr; auf die Begründung zu Art. 1 Nr. 1 wird verwiesen.

**Zu Art. 2 Nr. 3 (§ 23 KWO):**

Sofern sich die Namen und Kurzbezeichnungen von Wahlvorschlägen nicht deutlich unterscheiden, soll der Wahlausschuss zukünftig ermächtigt werden, einem Wahlvorschlag eine Unterscheidungsbezeichnung beizufügen (vgl. Art. 2 Nr. 4 des Entwurfs, § 25 Abs. 4 Satz 2 KWO neu). Des bisherigen Verfahrens bei einer nicht deutlichen Unterscheidbarkeit des Namens oder der Kurzbezeichnung bedarf es nicht mehr, so dass § 23 Abs. 2 KWO aufgehoben werden kann. Im Übrigen enthält die Regelung redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung des § 25 Abs. 4 KWO (vgl. Art. 2 Nr. 4 des Entwurfs).

**Zu Art. 2 Nr. 4 (§ 25 Abs. 4 Satz 2 KWO neu):**

Nach Art. 4 Nr. 3 des Gesetzentwurfs zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften (Landtagsdrucksache 20/1644) soll in § 11 Abs. 1 Satz 2 KWG klargestellt werden, dass sich die Namen und Kurzbezeichnungen der Wahlvorschläge der Parteien und Wählergruppen bei der Einreichung deutlich unterscheiden müssen. Liegt keine deutliche Unterscheidung der Namen oder Kurzbezeichnungen von Parteien oder Wählergruppen vor, soll der Wahlausschuss durch den neuen § 25 Abs. 4 Satz 2 KWO zukünftig die

Möglichkeit erhalten, einem Wahlvorschlag eine Unterscheidungsbezeichnung beizufügen. Bisher musste der Wahlleiter die betroffenen Wahlvorschlagsträger auf die nicht deutliche Unterscheidbarkeit der Namen von Wahlvorschlägen hinweisen und verlangen, dass ihm der Zeitpunkt der Gründung der politischen Partei oder Wählergruppe nachgewiesen wird. Der Name des Wahlvorschlags konnte dann von den Vertrauenspersonen innerhalb der Einreichungsfrist geändert werden (§ 23 Abs. 2 Satz 1 und 2 KWO). Geschah dieses allerdings nicht, musste der Wahlvorschlag der später gegründeten Partei oder Wählergruppe zurückgewiesen werden. Dieses Verfahren ist fehleranfällig, da Wählergruppen keiner besonderen Gründungsform bedürfen und die Angaben zum Zeitpunkt der Gründung für den Wahlleiter bzw. den Wahlausschuss unter Umständen nicht überprüfbar sind. Zudem führt die Zurückweisung eines Wahlvorschlags zu einem Eingriff in das passive Wahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG. Demgegenüber ist die Beifügung einer Unterscheidungsbezeichnung im Hinblick auf die gewünschte Unterscheidbarkeit von Wahlvorschlägen ein gleichsam geeignetes milderes Mittel. Sofern die betroffenen Parteien und Wählergruppen sich mit Wahlvorschlägen neben der Gemeinde- oder Ortsbezirkswahl auch an der Kreiswahl beteiligen, muss der Kreiswahlausschuss einem der Wahlvorschläge eine Unterscheidungsbezeichnung beifügen, die dann nach der Neuregelung auch für die Wahlvorschläge für die Gemeinde- und Ortsbezirkswahlen gilt. Eine entsprechende Möglichkeit zur Beifügung einer Unterscheidungsbezeichnung besteht auch im Bundestags- und Landtagswahlrecht (§ 36 Abs. 4 Satz 3, § 41 Abs. 1 Satz 2 BWO; § 30 Abs. 4 Satz 2, § 35 Abs. 1 Satz 2 LWO).

#### **Zu Art 2 Nr. 5 (§ 47 KWO):**

Auch für die Kommunalwahlen soll zum Schutz des Wahlheimnisses die Möglichkeit einer gemeinsamen Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse mehrerer Wahlbezirke geschaffen werden, wenn in einem Wahlbezirk weniger als 50 Wähler gewählt haben. Die neue Vorschrift kann insbesondere bei der zukünftigen gemeinsamen Durchführung der Ausländerbeiratswahl mit der Gemeindewahl Relevanz erlangen, da für die Ausländerbeiratswahl die gleiche Wahlbezirkseinteilung wie bei der Gemeindewahl gilt und unter Berücksichtigung der bisher sehr geringen Wahlbeteiligung nicht auszuschließen ist, dass sich in einem Wahlbezirk weniger als 50 Wähler an der Wahl beteiligen. Da in diesen Fällen auch nicht gewährleistet werden kann, dass bei der Zusammenfassung von zwei Wahlbezirken mehr als 50 Stimmzettel zur Auszählung gelangen, sieht § 47 Abs. 2 Satz 2 KWO vor, dass auch mehr als zwei Wahlbezirke zusammengefasst werden dürfen. Durch die entsprechende Verweisung auf § 4 Abs. 11 Nr. 1 Satz 2 KWO wird klargestellt, dass durch die gemeinsame Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses so viele Stimmzettel zusammenkommen müssen, dass nicht erkennbar werden kann, wie einzelne Wahlberechtigte gewählt haben. Im Übrigen wird auf die Begründung zu Art. 1 Nr. 2 des Entwurfs verwiesen.

#### **Zu Art 2 Nr. 6 (§ 53 Abs. 9 KWO):**

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung durch Art. 2 Nr. 2 des Entwurfs.

#### **Zu Art. 2 Nr. 7 (Abschnitt 8 der KWO):**

Der Achte Abschnitt der KWO enthält mit den §§ 81 bis 84 KWO Vorschriften über die Durchführung der Ausländerbeiratswahl, die im Wesentlichen die Besonderheiten berücksichtigen, dass die Ausländerbeiratswahl von den übrigen Kommunalwahlen getrennt durchgeführt werden musste. Durch die gleichzeitige Durchführung der Ausländerbeiratswahl mit den Gemeinde-, Kreis- und Ortsbeiratswahlen entfallen viele der bisherigen Sonderregelungen für die Ausländerbeiratswahl, sodass die Regelungen des Achten Abschnitts aufgehoben und die verbleibenden Besonderheiten für die Ausländerbeiratswahl in den Vorschriftenkatalog des Neunten Abschnitts der KWO aufgenommen werden können.



**Zu Art. 2 Nr. 8 (§ 85 Satz 1 KWO):**

Durch die beabsichtigte gleichzeitige Durchführung der Ausländerbeiratswahl mit der Kreis-, Gemeinde- und Ortsbeiratswahl muss in § 85 Satz 1 KWO klargestellt werden, dass sich die §§ 86 bis 91a KWO auch auf die Ausländerbeiratswahl beziehen.

**Zu Art. 2 Nr. 9 (§ 86 KWO):**

Um den Unionsbürgern, die sowohl für die Gemeinde- als auch für die Ausländerbeiratswahl wahlberechtigt sind (vgl. allgemeiner Teil der Begründung), die Stimmabgabe zu erleichtern, soll für die Ausländerbeiratswahl die gleiche Wahlbezirkseinteilung wie für die Gemeindewahl gelten. Unter Umständen kann für die Ausländerbeiratswahl daher nicht in jedem Fall der Vorgabe des § 5 Abs. 2 Satz 2 KWO entsprochen werden, nach der die Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks nicht so gering sein darf, dass erkennbar wird, wie einzelne Wahlberechtigte gewählt haben. Damit die beabsichtigte gleiche Wahlbezirkseinteilung möglich ist, soll durch die Änderung des § 86 Abs. 1 KWO die Vorgabe des § 5 Abs. 2 Satz 2 KWO für die Ausländerbeiratswahl nicht gelten. Zum Schutz des Wahlgeheimnisses kann bei einer zu geringen Wählerzahl zukünftig die Ermittlung und Feststellung der Ergebnisse von Wahlbezirken verbunden werden (vgl. Art. 2 Nr. 5 des Entwurfs).

**Zu Art. 2 Nr. 10 (§ 86a KWO):**

Die bisher in § 82b KWO enthaltenen wahlrechtlichen Folgen für den Fall, dass für die Ausländerbeiratswahl keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen werden oder weniger Bewerber zur Wahl zugelassen werden, als Sitze zu verteilen sind (§ 86 Abs. 1 Satz 3 HGO) sowie für den Fall, dass der Ausländerbeirat aufgrund des Ausscheidens von Vertretern nur noch weniger als drei Mitglieder hat (§ 86 Abs. 1 Satz 4 HGO), werden in die entsprechende Vorschrift für die Ortsbeiratswahl einbezogen.

**Zu Art. 2 Nr. 11 (§ 88a KWO):**

Die bisherigen Vorgaben des § 82a KWO zum Nachweis der Wahlberechtigung nach § 86 Abs. 4 Nr. 1 und 2 HGO sind für die Ausländerbeiratswahl weiterhin notwendig und werden in dem neuen § 88a KWO aufgenommen.

**Zu Art. 2 Nr. 12 (§ 89 Abs. 2 Satz 3 KWO):**

Mit dem neuen § 89 Abs. 2 Satz 3 KWO wird klargestellt, dass sich die Stimmzettel für die Ausländerbeiratswahl von den Stimmzetteln der übrigen verbundenen Wahlen und Abstimmungen farblich unterscheiden müssen.

**Zu Art. 2 Nr. 13 (§ 91 KWO):**

Die Änderung in § 91 Abs. 1 KWO ist eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung des § 47 KWO (vgl. Art. 2 Nr. 5 des Entwurfs). In § 91 Abs. 2 Satz 1 KWO wird angeordnet, dass die Ausländerbeiratswahl erst nach allen anderen Wahlen und Abstimmungen ausgezählt wird; der bisherige § 91 Abs. 2 Satz 2 KWO soll aufgrund des Regelungszusammenhangs dabei im neuen Abs. 3 als Satz 1 aufgenommen werden.

Durch den neuen § 91 Abs. 3 Satz 2 KWO soll die Zusammenlegung der Ausländerbeiratswahl mit den übrigen allgemeinen Kommunalwahlen für die Wahlorgane mit einem möglichst geringen zusätzlichen Aufwand verbunden sein. Die Vorschrift sieht daher Folgendes vor:

- Wurde ein Auszählungswahlvorstand bestellt, hat der Wahlvorstand am Wahlabend nach der Zählung der Wähler nach § 47 KWO die Stimmzettel und die eingenommenen Wahlscheine nur zu verpacken und zu versiegeln; danach sind die Pakete mit einer Inhaltsangabe dem Gemeindevorstand zu übergeben. Eine Zählung der Stimmzettel nach § 48 KWO und die

Übermittlung eines darauf basierenden Trendergebnisses nach § 49 Abs. 1 KWO erfolgen durch den Wahlvorstand am Wahlabend nicht.

- Die für eine Zählung der Stimmen nach § 48a KWO erforderliche Sortierung der Stimmzettel erfolgt erst durch die Wahlvorstände bzw. Auszählungswahlvorstände in den Tagen nach der Wahl. Dabei sind die Stimmzettel vor der Zählung der Stimmen nach § 48a Abs. 2 bis 9 KWO zunächst entsprechend § 48 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 KWO zu sortieren. Stimmzettel, bei denen die Gültigkeit der Stimmen bereits im Rahmen der Sortierung Anlass zu Bedenken geben, werden zunächst ausgesondert und nach § 48a Abs. 5 KWO behandelt. Bei der Sortierung und Zählung der Stimmzettel hat der Wahlvorstand die Vorgaben des § 48 Abs. 2, 4 und 5 KWO zu beachten.

Für die Briefwahl gelten die o.g. Vorgaben über die Verweisung des § 91a Abs. 1 KWO entsprechend.

**Zu Art. 2 Nr. 14 (§ 108 KWO):**

Redaktionelle Folgeänderung zu Art. 2 Nr. 2 des Entwurfs.

**Zu Art. 2 Nr. 15 (§ 109 KWO):**

Redaktionelle Folgeänderung zu Art. 2 Nr. 2 des Entwurfs.

**Zu Art. 3 (Inkrafttreten):**

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der Verordnung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Verordnung erst in Kraft treten kann, wenn das Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften vom Landtag beschlossen sowie ausfertigt und verkündet wurde.